S 55 SO 89/05 ER

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Hamburg
Sozialgericht	Landessozialgericht Hamburg
Sachgebiet	Sozialhilfe
Abteilung	3
Kategorie	Beschluss
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	-
Leitsätze	-
Normenkette	-

1. Instanz

Aktenzeichen	S 55 SO 89/05 ER
Datum	03.03.2005

2. Instanz

Aktenzeichen	L 3 B 68/05 ER SO
Datum	28.04.2005

3. Instanz

Datum	-
-------	---

Die Beschwerde des Antragstellers gegen den Beschluss des Sozialgerichts Hamburg vom 3. März 2005 wird zurückgewiesen. Außergerichtliche Kosten sind nicht zu erstatten. Diese Entscheidung ist unanfechtbar.

Gründe:

Die statthafte und zulässige, insbesondere fristgerecht eingelegte Beschwerde ([§§ 172, 173](#) Sozialgerichtsgesetz - SGG -), der das Sozialgericht nicht abgeholfen hat ([§ 174 SGG](#)), ist nicht begründet.

Zu Recht und mit zutreffender Begründung, auf die der beschließende Senat Bezug nimmt, hat das Sozialgericht den Erlass der begehrten einstweiligen Anordnung nach [§ 86 b Abs. 2 SGG](#) abgelehnt. Der am XX.XXXX 2000 geborene Antragsteller hat auch nach der Überzeugung des Senats nicht mit der im sozialhilferechtlichen Eilverfahren notwendigen hohen Wahrscheinlichkeit im Sinne des [§ 920 Abs. 2](#) Zivilprozessordnung i.V.m. [§ 86 b Abs. 2 Satz 4 SGG](#) glaubhaft gemacht, dass er einen Anspruch auf Übernahme der Kosten für eine so genannte konduktive Förderung nach Petting (Petting - Therapie) als Leistung der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen nach [§ 54](#) Sozialgesetzbuch

ZwÄ¶ftes Buch â¶ SGB XII â¶ gegen die Antragsgegnerin hat.

Bei der von dem ungarischen Arzt und HeilpÄ¶dagogen PetÄ¶ begrÄ¶ndeten Methode handelt es sich um ein komplexes pÄ¶dagogisches System, welches Menschen mit einer SchÄ¶digung des Zentralnervensystems helfen soll, ihre Dysfunktionen zu Ä¶berwinden oder wenigstens zu mindern. In ihrem Mittelpunkt steht das therapeutische Ziel einer Verbesserung der motorischen FÄ¶higkeiten cerebralparetischer Kinder und Jugendlicher. Sie wird auf Verordnung eines Arztes durch besonders ausgebildete nichtÄ¶rztliche FachkrÄ¶fte (Konduktoren) erbracht. Nach der Rechtsprechung des Bundessozialgerichts (Urt. vom 3. Dezember 2003 â¶ [B 1 KR 34/01 R](#)) handelt es sich ungeachtet der Frage, ob mit ihr Vorschulkinder oder Jugendliche gefÄ¶rdert werden, um eine medizinische Dienstleistung, die rechtlich als Heilmittel im Sinne des [Ä¶ 32](#) Sozialgesetzbuch FÄ¶nfte Buch â¶ Gesetzliche Krankenversicherung â¶ (SGB V) einzustufen ist (ebenso im Anschluss an die Entscheidung des BSG: OVG Rheinland-Pfalz, Urt. vom 1. September 2004 â¶ [12 A 10886/04](#)). Dieser Rechtsprechung folgt der beschlie¶ende Senat.

Als Heilmittel zÄ¶hlt die PetÄ¶ â¶ Therapie zu den Leistungen der medizinischen Rehabilitation. Dies folgt aus [Ä¶ 26](#) Sozialgesetzbuch Neuntes Buch â¶ Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen â¶ (SGB IX), der die Leistungen der medizinischen Rehabilitation im Einzelnen bezeichnet und Heilmittel einschlie¶lich physikalischer, Sprach- und BeschÄ¶ftigungstherapie in [Ä¶ 26 Abs. 2 Nr. 4 SGB IX](#) in diesem Zusammenhang ausdrÄ¶cklich nennt. Hiervon ausgehend wÄ¶rde die Ä¶bernahme der hierfÄ¶r aufzuwendenden Kosten als Leistung der Eingliederungshilfe von der Antragsgegnerin wegen der aus [Ä¶ 54 Abs. 2 SGB XII](#) sich ergebenden Leistungsbegrenzung dem Grunde nach nur dann geschuldet, wenn diese (auch) zum Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenkassen gehÄ¶rte. Dies ist aber â¶ wie das Sozialgericht zutreffend unter Hinweis auf die eine Anerkennung nach [Ä¶ 138 SGB V](#) versagende Entscheidung des Gemeinsamen Bundesausschusses vom 21. Dezember 2004 ausgefÄ¶hrt hat â¶ nicht der Fall.

Dem Beschwerdevorbringen sind keine (neuen) Gesichtspunkte zu entnehmen, die eine andere Entscheidung in der Sache rechtfertigen wÄ¶rden. Dieses bestÄ¶tigt vielmehr durch den Hinweis auf die durch die Therapie womÄ¶glich zu erzielenden Heilerfolge in Gestalt einer Verbesserung der Grob- und Feinmotorik den rechtlichen Ansatz des beschlie¶enden Senats. Dass die â¶ erfolgreiche â¶ Therapie der Vorbereitung des Schulbesuchs dienlich wÄ¶re, indem sie den Antragsteller etwa von einem Rollstuhl unabhÄ¶ngig machte und das Erzielen eines sauberen Schriftbildes fÄ¶rderte, steht schlie¶lich nicht der Annahme entgegen, dass es sich um ein Heilmittel und damit um eine Leistung der medizinischen Rehabilitation handelt.

Die Kostenentscheidung folgt aus [Ä¶ 193 SGG](#) und entspricht dem Ausgang des Rechtsstreits in der Hauptsache.

Die Unanfechtbarkeit der Entscheidung folgt aus [Ä¶ 177 SGG](#).

Erstellt am: 14.06.2005

Zuletzt verändert am: 23.12.2024